

## 2016-09 - September 1016 Notizen zu Interessantem, über das weniger berichtet wird... (KOPP-Notizen)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "[exklusiv](#)" Nr. 35, 36, 37 und 38/2016

---

Ausgabe "[exklusiv](#)" Nr. 35/2016

► Soldaten müssen sparen: Für deutsche Bundeswehrsoldaten steht ab sofort weniger Kleidung zur Verfügung. Weil die Finanzmittel knapp sind, müssen sie sich Pullover, Ganzjahresjacke und Kampfschuhe vorerst auf eigene Kosten anschaffen. Das ist Inhalt des Tagesbefehls des Generalinspektors *Volker Wieker*. Beobachter vermuten, dass die Einsparungen bei deutschen Soldaten bei der Finanzierung von Rüstungskäufen für die kurdischen Peschmerga-Kämpfer helfen sollen, denen die Bundesregierung in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak Material- und Waffenhilfe anbietet.

► SPD mit Personalproblemen: Nach dem Rücktritt der SPD-Abgeordneten *Petra Hinz*, die ihren Lebenslauf gefälscht hatte, gerät die SPD durch eine weitere peinliche Affäre unter Druck. Der NRW-Landtag muss die Immunität des NRW-Politikers *Gerd Stüttgen* (SPD) aufheben, weil die Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage wegen Misshandlung erheben will. Der 50 Jahre alte Politiker soll seine 78 Jahre alte Mutter verprügelt und dabei auch ihren Kopf gegen eine Wand geschlagen haben.

► 80 Strafverfahren ohne Folgen: Gegen den 22 Jahre alten Asylbewerber *Kibreab T. aus Eritrea* gibt es schon mehr als hundert Strafanzeigen. Darunter sind Körperverletzung, Ladendiebstahl und Raub. Einen Richter hat der Kriminelle bisher nicht gesehen, weil ihm die Anklagen in der Flüchtlingsunterkunft in Bad Oeynhausen nicht zugestellt werden können. Der Mitbürger holt sich zwar monatlich beim Sozialamt der Stadt Bad Oeynhausen 359 Euro ab, lebt aber ansonsten nicht an seiner Meldeadresse. Die Gerichte haben nun das Sozialamt um Amtshilfe beim Auskunftsersuchen gebeten, wo der Mitbürger aus Eritrea tatsächlich lebt, damit ihm dort Vorladungen zugestellt werden können.

► 6000 türkische Spione: In Deutschland gibt es derzeit mehr inoffizielle Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes *MIT* als die Stasi zur Zeit des Kalten Krieges im Westen hatte. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen der Bundesregierung arbeiten jetzt mehr als 6000 türkischstämmige Bürger nebenberuflich für den türkischen Geheimdienst und sammeln Informationen über potenzielle Gegner *Erdogans*.

► So betrügen Politiker die Bürger:

Weil im Heimatwahlkreis von *Angela Merkel* (Vorpommern, Rügen, Greifswald) immer mehr Bürger eine andere Partei als die CDU wählen wollen, missbraucht die Bundeskanzlerin jetzt massiv Steuergelder, um ihre Beliebtheit vor den Wahlen noch einmal zu steigern. Obwohl in ihrem Wahlkreis nur 0,28 Prozent der deutschen Wähler leben, pumpt sie dort fast 20 Prozent der Bundesmittel für schnelles Internet in die Infrastruktur. Vorpommern-Greifswald bekommt 83 von bundesweit 420 Millionen Euro Fördergeldern beim Internetausbau. Merkel hofft, damit junge Wähler auf ihre Seite ziehen zu können.

► Minister hofiert Verfassungsfeinde:

Bundesjustizminister *Heiko Maas* (SPD) hat die in mehreren Verfassungsschutzberichten aufgeführte linksextremistische gewaltbereite Punkgruppe *Feine Sahne Fischilet* (FSF) für deren Aktionen gegen Rechtsextremismus gelobt. *Maas* befand per Twitter, dass die Gewaltunterstützer, die auch Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails veröffentlichen, mit ihren Aktionen ein *"tolles Zeichen"* setzen.

► Bundesregierung hat Notfallreserve verschenkt: In aller Stille hat die deutsche Bundesregierung die für Notfälle eingelagerte und mit Steuergeldern finanzierte Notfallreserve für die deutsche Bevölkerung im Zuge *»humanitärer Hilfen«* an andere Staaten verschenkt. Das wurde jetzt bekannt, nachdem Berlin die Bürger dazu aufgerufen hatte, für Notfälle selbst Vorsorge zu treffen.

- ❖ So verschenkte die Bundesregierung beispielsweise 189000 Tonnen Getreide, 44000 Tonnen Fleisch, 2,5 Millionen Tonnen Brennstoff, 10000 Kinderwagen und 291000 Kinderschuhe.

Unterdessen wurde durch eine repräsentative Umfrage bekannt (*TNS Emnid*), dass 61 Prozent der Deutschen weder Lebensmittel noch Wasser für Notfälle bevorraten wollen. Sie wollen erst dann Vorräte einkaufen, wenn sie davon überzeugt sind, dass es tatsächlich eine Krise bei der Versorgung gibt.

► Kann jetzt jeder Schulrektor werden? Weil schon für mehr als tausend Stellen für Lehrer von Grundschulen und ihre Stellvertreter in Nordrhein-Westfalen keine Bewerber gefunden werden, erwägt die Landesregierung, die Qualifikation *»Lehrer«* als Voraussetzung ganz abzuschaffen.

- Nach den Plänen der Politiker sollen schon im Herbst auch Nicht-Lehrer Schulrektoren werden können. Hauptsache, es gibt endlich wieder Bewerber.

► Putsch von oben:

Zwanzig renommierte deutschsprachige Staats- und Verwaltungsrechtler haben in einem gemeinsamen Bonner Appell die Politik von Bundeskanzlerin Merkel in der Flüchtlingsfrage als *»Putsch von oben«* verurteilt. Die Bundeskanzlerin habe *»das geltende Recht faktisch außer Kraft gesetzt«* und das Grundgesetz gleich mehrfach gebrochen. Die Regierung treffe ihre Entscheidungen jetzt undemokratisch und

werde darin von »*staatsfinanzierten Medien*« unterstützt, die sich »*in Hofberichterstattung*« übten. Initiatoren des Appells gegen den Putsch von oben sind die Staatsrechtler *Otto Depenheuer* und *Christoph Grabenwarter*.

---

Ausgabe "*exklusiv*" Nr. 36/2016

► **Keine Operationen für Raucher:** In Großbritannien sollen im staatlichen Gesundheitssystem NHS nach einer neuen Regelung ab sofort fettleibige Personen oder Raucher testweise ein Jahr lang nicht mehr operiert werden, sofern die Operation nicht lebensnotwendig ist. Verweigert werden etwa Knie- oder Hüftoperationen. Erst wenn ein Fettleibiger mindestens zehn Prozent seines Gewichts verliert, darf er wieder operiert werden. Raucher dürfen nachweislich mindestens acht Wochen lang nicht mehr geraucht haben, bevor sie operiert werden. Begründet wird die neue Regelung vom NHS mit dem Zwang zur Kosteneinsparung im Gesundheitswesen.

► **EU-Abgeordneter als Exhibitionist verhaftet:** *Robert Rochefort*, ein französischer Abgeordneter des Europaparlaments, ist Anfang September 2016 im Pariser Vorort Vélizy in einem Baumarkt verhaftet worden, weil er vor zwei 14 Jahre alten Mädchen öffentlich mit heruntergelassenen Hosen masturbierte. Der 60 Jahre alte Abgeordnete der Liberalen wurde inzwischen wieder freigelassen. Die EU zeigte sich schockiert darüber, dass über die Festnahme des Abgeordneten in mehreren Medien berichtet wurde.

► **Versuchter Anschlag auf Angela Merkel totgeschwiegen:** Bei ihrem Besuch in Prag am 25. August 2016 hat ein bewaffneter Mann versucht, sich in die Fahrzeugkolonne von Bundeskanzlerin Merkel einzureihen. Nach Angaben tschechischer Einsatzkräfte, die den Mann festnahmen, soll er einen Terroranschlag auf die Kanzlerin vorbereitet haben. Während überall im Ausland über den »*vereitelten Terroranschlag*« berichtet wurde, mussten deutsche Leitmedien das »*Vorkommnis*« totschweigen. Das Kanzleramt hatte auch darum gebeten, nicht über Massen von Demonstranten zu berichten, die Merkel in Prag mit Buhrufen und Slogans wie »Merkel muss weg!« empfangen.

► **Außergewöhnliche Belastung?** Eine Frau, die größere Fettablagerungen an den Beinen entfernen ließ, wollte die Kosten in Höhe von 2250 Euro in der Steuererklärung als »*außergewöhnliche Belastung*« geltend machen. Zuvor hatte sich ihre Krankenkasse geweigert, das Geld zu erstatten. Jetzt lehnte das Finanzgericht Rheinland-Pfalz auch den Steuervorteil ab (Az.: 4K 2173/15).

- Das Absaugen von Fett sei »*keine wissenschaftlich anerkannte Behandlungsmethode*«, denn es fehlten wissenschaftliche Belege für die Wirksamkeit. Ein Abzug als außergewöhnliche Belastung komme nur dann infrage, wenn sich ein Steuerzahler vor einer solchen Behandlung vom Amtsarzt oder dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen bescheinigen lasse, dass die

Behandlung notwendig sei. Bei Schönheitsoperationen sei das grundsätzlich nicht der Fall.

► **Neuansiedlungsprojekt:** Schutzsuchenden (gemeint sind damit die Asylbewerber) will die Europäische Union künftig mit einer Richtlinie zur »*Neuansiedlung*« eine dauerhafte Perspektive in Ländern wie Deutschland und Österreich geben. In einer Brüsseler EU-Pressemitteilung dazu heißt es:

- *»Die Europäische Kommission schlägt heute einen EU-Neuansiedlungsrahmen vor. Damit soll eine gemeinsame europäische Neuansiedlungspolitik festgelegt werden, die gewährleistet, dass Personen, die internationalen Schutz benötigen, geordnete und sichere Wege nach Europa zur Verfügung stehen.«*

Asylbewerber sollen demnach mit einem EU-Programm gezielt in Europa angesiedelt werden. In vielen krisengeplagten afrikanischen und arabischen Staaten wird das als Aufforderung zur Auswanderung nach Europa gewertet.

► **Flutopfer bleiben auf Schäden sitzen:** Vor drei Monaten versanken 14 Gemeinden in Niederbayern in den Hochwasserfluten. Es entstanden Schäden in dreistelliger Millionenhöhe. Mit Sofort- und Staatshilfen wollten die Kommunen das schlimmste verhindern, so die Ankündigungen der Politiker. Doch alle Familien warten immer noch auf finanzielle Hilfe. Sie bleiben auch weiter auf ihren Schulden sitzen, denn die deutschen Politiker haben mitgeteilt, das versprochene Geld werde *»vorrangig für die Flüchtlingshilfe«* benötigt.

► **Strafzinsen auf Sparbücher:** Auch der Chef des Sparkassenverbandes hat nun mitgeteilt, dass Strafzinsen für private Sparguthaben bei Kunden der Kreissparkassen vorbereitet werden. *Georg Fahrenschon* sagte, Sparbücher dürften nicht mehr kostenlos sein. Auch kostenlose Girokonten werde es demnach schon bald nirgendwo mehr geben. Demnach soll Geld bezahlen, wer Geld auf einem Sparbuch bunkert.

► **Aufstandsbekämpfung:** Es ist bekannt, dass die Bundeswehr in Sachsen-Anhalt auf einem Truppenübungsplatz eine Stadt nachbaut, in der sie die Niederschlagung von Aufständen in Ballungsgebieten üben soll. Die Kosten für die Gebäude (unter anderem eine Moschee und ein Elendsviertel) steigen derweilen von Monat zu Monat und sollen schon jetzt mehr als 140 Millionen Euro betragen. Ab 2018 dürfen dort dann auch befreundete EU-Truppen die Niederschlagung von regierungskritischen Demonstrationen oder Unruhen trainieren.

► **Ist der BND verfassungsfeindlich?** Der deutsche Auslandsgeheimdienst BND hat die Daten seiner Massenüberwachung illegal gespeichert und muss sie unverzüglich löschen. Das stellt die Bundesdatenschutzbeauftragte in einem geheimen Bericht fest. Sie kritisiert schwerwiegende fortwährende Rechtsverstöße und massive Beschränkungen ihrer Kontrollkompetenz. In der Konsequenz verhalten sich die

Mitarbeiter des Auslandsgeheimdienstes ständig verfassungsfeindlich, weil sie mit ihren Aktionen gegen das Grundgesetz verstoßen.

► **Erziehung zum Hass:** Nach Beobachtungen des deutschen Staatsschutzes werden immer mehr junge Muslime in Deutschland von Kindesbeinen an zur Ablehnung aller »Ungläubigen« und zum Hass auf unsere Gesellschaft erzogen. Spätestens in der Schule sei mit diesen Kindern fast nicht mehr umzugehen. Sie malten Kämpfer der Terrormiliz IS in Kampfmontur und fantasierten von ihrem zukünftigen Leben als Dschihadisten. *Wolfgang Trusheim*, der Leiter des Frankfurter Staatsschutzes, sagt dazu:

- »Sie bekommen zu Hause eingetrichtert, dass sie andere Kinder nicht akzeptieren sollen, weil sie Ungläubige seien.«

Politik und Leitmedien wollen das nicht hören, denn es passt einfach nicht in das politisch korrekte Weltbild.

► **Jeder Zehnte verweigert GEZ-Gebühren:** Nach Angaben des Beitragsservice (ehem. GEZ) sind derzeit insgesamt 4,5 Millionen Konten von Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Einrichtungen im Mahnverfahren wegen Verweigerung der Gebührenzahlung in Vollstreckung. Das sind rund zehn Prozent der zur Zahlung Verpflichteten. Der sächsische Justizminister spricht in diesem Zusammenhang auch von einem sprunghaft angestiegenen Widerstand gegen seine Vollzugsbeamten. Denn immer mehr Bürger nehmen sogar eine mehrmonatige Erzwingungshaft als Gebührenverweigerer in Kauf und zahlen nicht.

► **Milliarden gegen Ghettos:** Die deutsche Bundesregierung hatte bislang immer abgestritten, dass es Parallelgesellschaften und immer mehr Ghettos in deutschen Ballungsgebieten gibt. Nachdem viele Polizeiführer öffentlich erklärten, dass sie sich bei Einsätzen nicht mehr in diese Gebiete trauen, stellt die Bundesregierung nun 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Ghattobildung zu bekämpfen. Finanziert werden sollen damit Musikunterricht für ärmere Familien, Sportgeräte und öffentliche Anlagen, welche aus sozialen Brennpunkten »Oasen des Lebens« machen sollen.

► **Nachrichtensperre:** In Frankfurt/Main soll die Polizei ab sofort keine Fahndungsmeldungen zu Exhibitionisten mehr an die Öffentlichkeit herausgeben. Nach Angaben von Polizeisprechern seien es »zu viele Vorkommnisse«. Zudem könnten Frauen verunsichert werden. Kostenlose Anzeigenblätter wie der regionale *Extra-Tipp* hatten zuvor seitenweise über viele aktuelle Fälle berichtet (»*Exhibitionisten: Diese Fälle erschüttern Rhein-Main*«). Nun soll die Polizei die Lage einfach totschweigen.

► **Iran erlaubt Organhandel:** Wer in EU-Ländern lange auf ein lebensrettendes Spenderorgan wartet, der darf nun ganz legal ein Organ in Iran kaufen. Dort hat die Regierung den Organhandel erlaubt. Menschen dürfen in Iran jetzt ihre Organe

verkaufen, etwa um Schulden zu bezahlen. Iran bietet auch die Transplantationen an und verkauft vor allem Nieren.

► **Sprach-Stasi:** Im kommenden Jahr werden 800.000 repräsentativ ausgewählte deutsche Haushalte einen Fragebogen zur Bevölkerungsforschung bekommen. Darin muss etwa angegeben werden, welche Sprachen man spricht und ob man in der eigenen Wohnung Deutsch oder in einer Fremdsprache spricht. Wer dort unwahre Angaben macht, soll 1.000 Euro Strafe bezahlen müssen. Überprüfen soll die Angaben eine neue Ermittlergruppe, welche von Kritikern schon jetzt »*Sprach-Stasi*« genannt wird.

► **Landesverteidigung:** Die Schweizer Sicherheitsbehörden bereiten sich insgeheim auf einen erwarteten gewaltsamen Grenzdurchbruch von tausenden afrikanischen Migranten aus Italien vor. In einem internen Lagepapier wird die Erstürmung der Grenzen als »*realistisches Szenario*« dargestellt. Der Tessiner Polizeidirektor *Norman Gobbi* bestätigte entsprechende Befürchtungen. Man erwartet demnach, dass vom italienischen Chiasso aus tausende Asylanten sich gewaltsam den Weg durch die Schweiz bahnen werden, die in Deutschland auf die »*Willkommenskultur*« hoffen und Sozialleistungen einfordern werden.

► **Raffke:** Der CDU-Politiker *Laurenz Meyer* hat in nur neun Monaten elf teure Schreibgeräte der exklusiven Firma *Montblanc* zum Preis von mehr als 3000 Euro auf Kosten der Steuerzahler bestellt. Auch Bundestagspräsident *Norbert Lammert* (CDU) und viele andere Abgeordnete haben nach jetzt bekannt gewordenen Recherchen ihr Mandat dazu genutzt, um Luxusgegenstände auf Kosten der Steuerzahler zu kaufen. Die Abgeordneten wollen nicht, dass darüber berichtet wird. Sie sollen innerhalb von wenigen Monaten alleine bei der Luxusmarke *Montblanc* Waren im Wert von fast 69.000 Euro geordert haben.

► **Touristen verstärkt überwacht:** In Thailand sollen alle Touristen künftig über die SIM-Karte ihres Mobiltelefons erfasst werden. So sollen Ausländer, die sich zulange im Land aufhalten, aufgespürt werden. Seit einem Jahr werden alle persönlichen Daten von Touristen in Thailand in einer zentralen Datei gespeichert. Offiziell geht es darum, Morde an Touristen und Raubüberfälle schneller aufklären zu können. Hinzu kommt aber das Ziel, unliebsame Touristen schnell abschieben zu können.

► **Flüchtlinge rüsten auf:** Nach Angaben der europäischen Grenzschutzagentur *Frontex* bringen immer mehr Flüchtlinge Kriegsgerät nach Deutschland mit. Dazu zählen beispielsweise Panzerfäuste und Maschinenpistolen. Entsprechende Berichte hatten zuvor auch schon ungarische Grenzschützer veröffentlicht. Sie beklagten sich darüber, dass sie durchreisende Flüchtlinge auf Anweisung der Brüsseler EU hin nicht auf Waffen kontrollieren dürfen. Auch an den deutschen Grenzen werden Flüchtlinge nicht auf Waffen hin durchsucht.

► **CDU will Ehegattensplitting abschaffen:**

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung, die Konzepte für künftige Regierungspolitik in Deutschland erarbeiten soll, hat die klassische Ehe in einer »Leitbildstudie« zum »Auslaufmodell« erklärt und die »Zweiverdienerfamilie«, bei der die Ehefrau arbeiten gehen muss, zum gewünschten künftigen Normalfall. Der Titel des Papiers lautet: »*Das flexible Zweiverdienermodell und seine vielfältigen Chancen*«. Demnach sollen Frauen künftig arbeiten gehen, damit die Familien finanziell durchkommen. Und das klassische Ehegattensplitting soll zugunsten eines Familiensplittings abgeschafft werden, bei dem nur noch Familien, welche minderjährige Kinder erziehen, Steuervorteile in Anspruch nehmen können.

► **Greenpeace-Terroristen:** In Neuseeland werden Mitglieder von Greenpeace und ähnlichen Gruppierungen ab sofort strafrechtlich wie Terroristen behandelt, wenn sie auf See Schiffe entern oder durch gefährliche Aktionen an der Weiterfahrt hindern. Die neuseeländische Regierung erklärte, die sozialromantische Verklärung dieser Straftäter müsse ein Ende haben, weil die Aktionen häufig gefährlich seien.

► **Immer mehr Analphabeten:** Etwa die Hälfte der Berliner Drittklässler kann weder lesen noch schreiben. Weil die Zahl der Analphabeten bundesweit stark zunimmt, erwägt die Bundesregierung nun allen Ernstes, künftig auf Wahlzettel neben den Namen der Parteien auch Symbole und Farben drucken zu lassen. Man wolle so der durchaus realistischen Gefahr begegnen, dass Erstwähler eine der kommenden Wahlen anfechten, weil sie die Wahlzettel nicht lesen konnten und nicht verstanden haben, was sie ankreuzen wollten.

Eigentlich sind Wahlzettel mit Farben und Symbolen allerdings nur noch in Ländern der Dritten Welt üblich, wo die Alphabetisierung bislang nicht überall erfolgreich ist.

► **Asylbewerber machen Urlaub im Herkunftsland:** Immer mehr Flüchtlinge, die angeblich in ihrem Heimatland mit dem Tode bedroht werden, beziehen in Deutschland Hartz-IV und machen regelmäßig für 21 Tage Urlaub in ihrem Herkunftsland. Das hat die Bundesagentur für Arbeit bestätigt. Die Personen melden sich ordnungsgemäß beim Betreuer in einen Urlaub ab. Das Reiseziel, also das Herkunftsland, dürfen die Betreuer aus Datenschutzgründen aber nicht weitergeben.

Die Regelungen sollen nun überarbeitet werden, weil offenbar viele »*verschwundene*« Flüchtlinge schon wieder in ihrem Heimatland leben und zwischendurch nur immer mal zum Abholen des Geldes nach Deutschland kommen.

► **Korrupter Korruptionsbekämpfer:**

Der Leiter der Moskauer Behörde für Korruptionsbekämpfung, *Dmitry Zakharchenko*, ist verhaftet und seines Amtes enthoben worden.

Anlässlich einer Hausdurchsuchung fand man bei ihm umgerechnet mehr als hundert Millionen Euro Bargeld, deren Herkunft er nicht erklären konnte.

► **Handystrahlung:** Britische Gesundheitsbehörden warnen in einem dramatischen Aufruf alle Einwohner des Landes, dass Männer ihre Mobiltelefone nicht in der Hosentasche mit sich führen sollten. Nach einer Auswertung von 21 internationalen Studien sei klar, dass deren Strahlung Spermien abtöte oder aber zumindest erheblich schädige. Eindeutig bewiesen sind demnach genetische Schäden des Erbguts sowie Mobilitätsschäden, bei denen sich die Spermien kaum noch bewegen können.

► **Größter deutscher Umweltskandal:** In Baden-Württemberg sind Trinkwasser und Äcker mit Fluorchemie und chemischen Abfällen aus der Papierindustrie verseucht. Seit etwa einem Jahrzehnt hatten Komposthändler Bauern kostenlos Kompost angeboten, der mit chemischen Abfällen vermischt worden war. Das als Gratis-Kompost ausgebrachte Düngemittel enthielt polyfluorierte Chemikalien, die niemals hätten in die Umwelt gelangen dürfen. Die Behörden sind ratlos, wie man die Folgen beseitigen kann, weil es sich flächenmäßig um den bislang größten Umweltskandal in Deutschland handelt. Die krebserregenden Chemikalien sickern ins Grundwasser und verbreiten sich über die Flüsse bis nach Norddeutschland. Weil tausende Existenzen vernichtet würden, verbietet die Aufsichtsbehörde den Landwirten nicht, auf den belasteten Flächen Landwirtschaft zu betreiben.

► **Präsidentialer Spion:** Der Palästinenserpräsident *Mahmud Abbas* soll nach in britischen Archiven gefundenen Dokumenten in den 1980er-Jahren im Kalten Krieg für den sowjetischen Geheimdienst KGB gearbeitet haben. Die Unterlagen wurden im *Churchill Archives Center* der *Cambridge University* gefunden. Der sowjetische Überläufer *Vasili Mitrokhin* hatte sie Anfang der 1990er-Jahre zusammen mit vielen anderen Dokumenten nach Großbritannien geschmuggelt. *Mahmud Abbas* war damals international unbekannt. Erst jetzt wurde man deshalb auf die Brisanz der Abbas betreffenden Geheimdienstpapiere aufmerksam.

► **UN warnen vor bewaffneten Aufständen:**

Die Vereinten Nationen haben davor gewarnt, dass sich Massen von Unzufriedenen in Europa bewaffnen und den »Populisten« anschließen. UN-Menschenrechtskommissar *Zeid Raad al-Husseini*, der selbst Muslim ist, sagte, die Stimmung in Europa richte sich zunehmend gegen den Zuzug von mehr Muslimen und werde für Minderheiten allmählich »gefährlich«.

► **Ausgemusterte Waffen:** Berliner Polizisten bekommen demnächst 1139 »neue« Waffen. Dabei handelt es sich jedoch um im Bundesland Schleswig-Holstein ausgemusterte Pistolen des Typs *Sig-Sauer P6*, welche Berlin für einen Euro pro



Stück erhält. Weil man in Schleswig-Holstein in absehbarer Zeit schwere innere Unruhen erwartet, werden die Polizisten dort mit dem von der Bundeswehr bekannten Sturmgewehr G36 ausgerüstet, von dem jede Streifenwagenbesatzung ein Exemplar bekommt. Die Berliner sollen übrigens in einem zweiten Schritt auch mit »neuen« Streifenwagen ausgerüstet werden. Dabei handelt es sich dann um Fahrzeuge, die bei der Polizei in Bayern ausgemustert wurden. Und »neue« Schutzwesten bekommen die Polizisten der Bundeshauptstadt aus Nordrhein-Westfalen.

► **Vier Ehefrauen und 23 Kinder:** Ein syrischer Asylbewerber, der mit vier Frauen und 23 Kindern nach Montabaur gekommen ist, bereitet der Verwaltung großes Kopfzerbrechen. Der Mann bekommt für seine vier Frauen mehrere Wohnungen zur Verfügung gestellt, ist aber unzufrieden mit den Leistungen und will nicht, dass sich seine Familie integriert. Die Schulpflicht für Mädchen lehnt er ab. Und wenn sie ihm nicht gehorchen, sperrt er auch die Frauen immer wieder im Keller ein. Seine Söhne tyrannisieren die Nachbarschaft und greifen Mitarbeiter der Verwaltung an.

► **Französische Spionage:** *Bernard Barbier* war von 2006 bis 2013 zuständiger Abteilungsleiter für Computerspionage beim französischen Auslandsgeheimdienst DGSE. Er hat nun in einem Interview öffentlich eingestanden dass Frankreich schon seit Jahren befreundete Staaten innerhalb der EU — erwähnt werden ausdrücklich Spanien und Griechenland — auf Regierungsebene abhört und auch die Unternehmen in diesen Ländern elektronisch anzapft, um beim Kampf um Aufträge französische Arbeitsplätze zu sichern. Barbier berichtete, dass es gegenwärtig auch französische Spionageoperationen gegen Länder wie Norwegen und Kanada gebe, ohne jedoch Einzelheiten preiszugeben. Frankreich habe mehrere hundert junge Hacker, die keine weitere Ausbildung hätten, eingestellt und versuche auf unkonventionellen Wegen, den Anschluss an die großen Spionagezentren der NSA in den USA und den britischen Abhördienst GCHQ zu halten.

► **Mickrige Renten:** Nach internen Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums wird das durchschnittliche Einkommen der Rentner im Jahre 2045 auf unter 40 Prozent des Durchschnittseinkommens fallen. Bisher reicht die offizielle Prognose bis zum Jahr 2029, bis dahin wird lediglich ein Absinken von aktuell 4,9 Prozent auf 44,6 Prozent vorhergesagt. Die neuen Zahlen sollen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden und dürften für erhebliche Diskussionen sorgen.

► **Müll-Detektoren:** Im Kreis Euskirchen sind Müllfahrzeuge jetzt mit Detektoren ausgerüstet, die automatisch entscheiden sollen, ob die Mülltrennung in jeder Tonne eingehalten wird. Tonnen, welche nicht korrekt befüllt wurden, bleiben dann einfach stehen. Die Besitzer der Mülltonnen müssen dann bis zur nächsten Abholung nachsortieren. Zuvor hatten die Kommunen beklagt, dass immer mehr Stoffe im Biomüll landen, die dort nicht hingehören, etwa Metalle. Anwohner, die häufiger den Müll nicht korrekt sortieren, sollen einen roten Aufkleber auf ihre Tonne bekommen, damit der soziale Druck durch die Umgebung erhöht wird.

► **Rabiater Staatsanwalt:** Das Frankfurter Amtsgericht hat einen Gießener Staatsanwalt zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Der 38 Jahre alte Jurist soll einen Polizisten bei einer Kontrolle zusammengeschlagen haben und bei anderer Gelegenheit die Polizei über den Notruf zu ihm beordert haben, weil er nicht in eine Diskothek hineingelassen wurde. In einem anderen Fall hatte er auf Behördenpapier die Ehefrau seines Freundes unter Druck gesetzt und sie zur Herausgabe von Gegenständen nach der Trennung aufgefordert. Die Frau musste annehmen, dass ansonsten behördliche Maßnahmen folgen würden.

► **Ökonomen fordern Gold-Euro:** Thomas Mayer, ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank, der Wirtschaftsprofessor *Ulrich van Suntum* und der Chefvolkswirt von Degussa, *Thorsten Polleit*, haben die deutsche Bundesregierung in einem eindringlichen Appell dazu aufgefordert, die Einführung einer Notwährung vorzubereiten. Wie viele andere Ökonomen auch, sehen sie den Euro als Weichwährung, der die Bürger immer schneller enteignen werde. Sie schlagen daher mit einem goldgedeckten Gold-Euro die Einführung einer Parallelwährung vor, mit der sich die Bürger schon jetzt eindecken und auf den absehbaren Crash vorbereiten könnten.

► **Käufliche Diplomatenspässe:** Angeblich kämpfen die USA weltweit gegen Korruption. Jetzt wurde bekannt, dass unter der Obama-Regierung Spender, welche Obama Geld für den Wahlkampf gaben, mit Posten als Botschafter belohnt wurden. Ein Botschafterposten in Spanien oder Singapur kostete demnach umgerechnet zwei Millionen Euro als Wahlkampfspende, die Botschaftsposten bei den Vereinten Nationen oder in der Schweiz umgerechnet 1,6 Millionen Euro, in Südafrika und Belgien umgerechnet 1,3 Millionen Euro. Am günstigsten war der Posten des US-Botschafters in der Tschechischen Republik. Dafür musste ein Amerikaner umgerechnet »nur« eine Million Euro an Obamas Team zahlen.

---

Ausgabe "[exklusiv](#)" Nr. 38/2016

► **Ausgemusterte Waffen:** Berliner Polizisten bekommen demnächst 1139 »neue« Waffen. Dabei handelt es sich jedoch um im Bundesland Schleswig-Holstein ausgemusterte Pistolen des Typs *Sig-Sauer P6*, welche Berlin für einen Euro pro Stück erhält. Weil man in Schleswig-Holstein in absehbarer Zeit schwere innere Unruhen erwartet, werden die Polizisten dort mit dem von der Bundeswehr bekannten Sturmgewehr *G36* ausgerüstet, von dem jede Streifenwagenbesatzung ein Exemplar bekommt. Die Berliner sollen übrigens in einem zweiten Schritt auch mit »neuen« Streifenwagen ausgerüstet werden. Dabei handelt es sich dann um Fahrzeuge, die bei der Polizei in Bayern ausgemustert wurden. Und »neue« Schutzwesten bekommen die Polizisten der Bundeshauptstadt aus Nordrhein-Westfalen.

► **Vier Ehefrauen und 23 Kinder:** Ein syrischer Asylbewerber, der mit vier Frauen und 23 Kindern nach Montabaur gekommen ist, bereitet der Verwaltung großes Kopfzerbrechen. Der Mann bekommt für seine vier Frauen mehrere Wohnungen zur Verfügung gestellt, ist aber unzufrieden mit den Leistungen und will nicht, dass sich seine Familie integriert. Die Schulpflicht für Mädchen lehnt er ab. Und wenn sie ihm nicht gehorchen, sperrt er auch die Frauen immer wieder im Keller ein. Seine Söhne tyrannisieren die Nachbarschaft und greifen Mitarbeiter der Verwaltung an.

► **Französische Spionage:** *Bernard Barbier* war von 2006 bis 2013 zuständiger Abteilungsleiter für Computerspionage beim französischen Auslandsgeheimdienst DGSE. Er hat nun in einem Interview öffentlich eingestanden dass Frankreich schon seit Jahren befreundete Staaten innerhalb der EU — erwähnt werden ausdrücklich Spanien und Griechenland — auf Regierungsebene abhört und auch die Unternehmen in diesen Ländern elektronisch anzapft, um beim Kampf um Aufträge französische Arbeitsplätze zu sichern. Barbier berichtete, dass es gegenwärtig auch französische Spionageoperationen gegen Länder wie Norwegen und Kanada gebe, ohne jedoch Einzelheiten preiszugeben. Frankreich habe mehrere hundert junge Hacker, die keine weitere Ausbildung hätten, eingestellt und versuche auf unkonventionellen Wegen, den Anschluss an die großen Spionagezentren der NSA in den USA und den britischen Abhördienst GCHQ zu halten.

► **Mickrige Renten:** Nach internen Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums wird das durchschnittliche Einkommen der Rentner im Jahre 2045 auf unter 40 Prozent des Durchschnittseinkommens fallen. Bisher reicht die offizielle Prognose bis zum Jahr 2029, bis dahin wird lediglich ein Absinken von aktuell 4,9 Prozent auf 44,6 Prozent vorhergesagt. Die neuen Zahlen sollen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden und dürften für erhebliche Diskussionen sorgen.

► **Müll-Detektoren:** Im Kreis Euskirchen sind Müllfahrzeuge jetzt mit Detektoren ausgerüstet, die automatisch entscheiden sollen, ob die Mülltrennung in jeder Tonne eingehalten wird. Tonnen, welche nicht korrekt befüllt wurden, bleiben dann einfach stehen. Die Besitzer der Mülltonnen müssen dann bis zur nächsten Abholung nachsortieren. Zuvor hatten die Kommunen beklagt, dass immer mehr Stoffe im Biomüll landen, die dort nicht hingehören, etwa Metalle. Anwohner, die häufiger den Müll nicht korrekt sortieren, sollen einen roten Aufkleber auf ihre Tonne bekommen, damit der soziale Druck durch die Umgebung erhöht wird.

► **Rabiater Staatsanwalt:** Das Frankfurter Amtsgericht hat einen Gießener Staatsanwalt zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Der 38 Jahre alte Jurist soll einen Polizisten bei einer Kontrolle zusammengeschlagen haben und bei anderer Gelegenheit die Polizei über den Notruf zu ihm beordert haben, weil er nicht in eine Diskothek hineingelassen wurde. In einem anderen Fall hatte er auf Behördenpapier die Ehefrau seines Freundes unter Druck gesetzt und sie zur Herausgabe von

Gegenständen nach der Trennung aufgefordert. Die Frau musste annehmen, dass ansonsten behördliche Maßnahmen folgen würden.

► **Ökonomen fordern Gold-Euro:** Thomas Mayer, ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank, der Wirtschaftsprofessor *Ulrich van Suntum* und der Chefvolkswirt von Degussa, *Thorsten Polleit*, haben die deutsche Bundesregierung in einem eindringlichen Appell dazu aufgefordert, die Einführung einer Notwährung vorzubereiten. Wie viele andere Ökonomen auch, sehen sie den Euro als Weichwährung, der die Bürger immer schneller enteignen werde. Sie schlagen daher mit einem goldgedeckten Gold-Euro die Einführung einer Parallelwährung vor, mit der sich die Bürger schon jetzt eindecken und auf den absehbaren Crash vorbereiten könnten.

► **Käufliche Diplomatenspässe:** Angeblich kämpfen die USA weltweit gegen Korruption. Jetzt wurde bekannt, dass unter der Obama-Regierung Spender, welche Obama Geld für den Wahlkampf gaben, mit Posten als Botschafter belohnt wurden. Ein Botschafterposten in Spanien oder Singapur kostete demnach umgerechnet zwei Millionen Euro als Wahlkampfspende, die Botschaftsposten bei den Vereinten Nationen oder in der Schweiz umgerechnet 1,6 Millionen Euro, in Südafrika und Belgien umgerechnet 1,3 Millionen Euro. Am günstigsten war der Posten des US-Botschafters in der Tschechischen Republik. Dafür musste ein Amerikaner umgerechnet »nur« eine Million Euro an Obamas Team zahlen.